

Besuch zwischen zwei Welten

Merkel in Tokio: Der Audienz beim Kaiser folgen Gespräche über Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

VON JÖRG BLANK
UND LARS NICOLAYSEN

Tokio. Mit Blick auf den Ausbau eines schnelleren Mobilfunknetzes in Deutschland hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Sicherheiten von China bezüglich des Einsatzes von Technik des Telekom-Riesen Huawei gefordert. Man müsse mit China darüber sprechen, „dass eben nicht die Firma einfach die Daten an den Staat abgibt, die verwendet werden, sondern dass man da Sicherheiten bekommt“, sagte Merkel am Dienstag in Tokio. Bevor sie sich am letzten Tag ihres Japan-Besuchs der Digitalisierung, Künstlichen Intelligenz (KI) und anderen aktuellen Themen widmete, tauchte die Kanzlerin bei einer Audienz des Kaisers in die Zurückgezogenheit uralter japanischer Tradition und Kultur ein.

Huawei gehört zu den größten Anbietern der 5G-Mobilfunktechnik, die deutlich schnellere Datenübertragungsraten bringen soll. In den USA und auch in Deutschland sind die Chinesen von Huawei zuletzt wegen Sicherheitsbedenken rund um Datennetze aber schwer unter Druck geraten. Die Huawei-Kritiker befürchten, dass das Unternehmen staatlichen Stellen in China den Zugang zu den übertragenen Daten ermöglichen kann. Konkrete Beweise dafür gibt es aber nicht.

Appell an China

Bei einer Diskussion mit Studenten der japanischen Elite-Uni Keio in Tokio forderte Merkel China auf, mit seinem wachsenden globalen Anspruch auch mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. China werde „mehr hineinwachsen müssen in die Verantwortung für eine friedliche Weltordnung“. Der chinesische Staat solle nicht auf Daten aller chinesischer Produkte zugreifen können, die in Deutschland eingesetzt würden, sagte die Kanzlerin mit Blick auf die Vorwürfe gegen Huawei. Es müssten mit China Wege gefunden werden, dass mit geistigem Eigentum „sorgsam und fair“ umgegangen werde.

Die Bundesregierung verfolge intensiv den Handelsstreit zwischen den USA und China, sagt Merkel. Ein Konsumeinbruch in China als Folge des Handelskonflikts mit den USA sei in Deutschland und Japan sofort spürbar, da die Wirtschaften eng verflochten seien. Deshalb setzten sich Japan und Deutschland für eine multilaterale Handelsordnung und eine Reform der Welthandelsorganisation ein.

Mahnende Worte findet sie gegen den unkontrollierten Einsatz Künstlicher Intelligenz. Man müsse die KI entmystifizieren und ein nüchternes Verhältnis zu deren Einsatz haben. „Was wir tun, muss dem Menschen dienen“ – und der Mensch müsse die Oberhand behalten. Das Wichtigste sei es, ethische Leitplanken für KI-Nutzung festzulegen. Dabei werde auch darüber gesprochen werden müssen, wie lange man noch eine menschliche Persönlichkeit sei. „Wenn ich aber einen Chip in mein Gehirn bekomme, damit ich schneller denken kann oder besser denken kann – bin ich dann auch noch derselbe Mensch? Wo endet mein Menschsein“, fragt Merkel fast



Angela Merkel steht bei einem Besuch des NEC Labors für Künstliche Intelligenz (KI) in Tokio auf einem Bildschirm. Die Bundeskanzlerin sprach sich für ein nüchternes Verhältnis zum Einsatz der KI aus. „Was wir tun, muss dem Menschen dienen“ – und der Mensch müsse die Oberhand behalten. Das Wichtigste sei es, ethische Leitplanken für die KI-Nutzung festzulegen.

FOTO: NIETFELD/DPA

philosophisch. Man werde eines Tages unser Denken lesen können. „Wollen wir das?“

Bei einem anschließenden deutsch-japanischen Wirtschaftsforum spricht sich die Kanzlerin für ein internationales Vorgehen beim Schutz großer Datenmengen wie bei KI aus. „Wenn jeder nur sein Süppchen kocht, macht uns das ja kaputt“, meinte die Bundeskanzlerin. Japan werde das Thema auf die Tagesordnung des G20-Gipfels im Juni setzen. In diesem Bereich gebe es auch große Chancen der Zusammenarbeit zwischen Japan und Deutschland, den Nummern drei und vier der Weltwirtschaft.

Begonnen hatte der Tag für die Kanzlerin jedoch fernab moderner Spitzentechnologien:

Als Kaiser Akihito die Kanzlerin zum Gespräch empfängt, tut er dies im Shohiroma, dem Kleinen Audienzraum seiner Residenz im streng abgeriegelten Park des kaiserlichen Palastes von Tokio. Die Kanzlerin ist im blauen Blazer mit schwarzer Hose erschienen, der Kaiser im elegant-schlichten schwarzen Anzug. Schon bei der Begrüßung wirken der kurz vor der Abdankung stehende 85-Jährige und die in ihrer letzten Amtszeit regierende deutsche Regierungschefin einander zugewandt. Die Kanzlerin verneigt sich leicht, der Kaiser reicht ihr die Hand – eine Geste des Respekts. Der Shohiroma ist ein kleiner Raum, das Ambiente strahlt Ruhe aus. Traditionelle Papierwände, helles Holz, heller Teppich. Mer-

kel und der Tenno sitzen in Holzsesseln, plaudern entspannt. Nach dem Austausch formeller Grüße geht es weniger steif zu. Fotos zeigen, wie Merkel gestikuliert – die Inhalte des Gesprächs bleiben zunächst unbekannt.

Es war schon das dritte Treffen der Kanzlerin mit dem Tenno. Er spielt eine wichtige integrative Rolle im Staatswesen, ist aber kein Akteur der Tagespolitik. Am 30. April wird Akihito abdanken – es ist das erste Mal seit rund 200 Jahren in Japan, dass ein Kaiser zu Lebzeiten seinem Nachfolger den Thron überlässt. Akihito geht diesen Schritt aus Gesundheitsgründen. Am 1. Mai wird sein Sohn Naruhito den Chrysanthementhron besteigen – Merkel traf auch ihn. **Standpunkt Seite 2**

Russland will neue Raketen bauen

Moskau: Reichweite erhöhen

VON CHRISTIAN THIELE

Moskau. Nach dem Aussetzen des wichtigen INF-Abrüstungsvertrags für atomar bestückbare Mittelstreckenwaffen durch die USA und Russland will Moskau schnell neue Raketen mit höherer Reichweite bauen. „Jetzt kommt es darauf an, die Reichweite der heute zu entwickelnden bodengestützten Raketen systeme zu erhöhen“, sagte Verteidigungsminister Sergej Schoigu am Dienstag nach Beratungen in seinem Ministerium.

Präsident Wladimir Putin hatte die Entwicklung neuer Waffen bereits am Sonnabend angekündigt. Es geht nach seinen Worten um neue, landgestützte Hyperschall-Mittelstreckenraketen. Die Entwicklung solcher Waffen solle bereits in Kürze beginnen, erklärte Schoigu. Einen genauen Zeitpunkt nannte er nicht. Sie sollten weiter als 500 Kilometer fliegen können – der INF-Vertrag erlaubte eine solche Reichweite nicht. Als Zeitraum für die Entwicklung nannte Schoigu dieses und nächstes Jahr.

Russland hatte bereits Ende vergangenen Jahres einen neuen Raketenstyp mit Hyperschallgeschwindigkeit bei einem Test von einer Basis südlich des Urals abgefeuert. Die Interkontinentalrakete könne mit 20-facher Schallgeschwindigkeit fliegen und nicht abgefangen werden, hieß es. Die Rakete „Avantgarde“ solle bald in Dienst gestellt werden, kündigte Putin damals an. Damit werde die Sicherheit seines Landes in den kommenden Jahrzehnten gewährleistet.

Die USA und Russland hatten das mehr als 30 Jahre alte Abkommen über das Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen am Wochenende nacheinander ausgesetzt, weil sie sich gegenseitig Verstöße dagegen vorwerfen. Es bleibt aber noch eine halbjährige Kündigungsfrist, um den Vertrag doch noch zu retten. Die Abkürzung INF steht für „Intermediate Range Nuclear Forces“, auf Deutsch: nukleare Mittelstreckensysteme.

Konkret werfen die Amerikaner und die Nato den Russen immer wieder vor, mit ihren Raketen vom Typ 9M729 (Nato-Code: SSC-8) gegen den Vertrag zu verstoßen, weil sie weiter fliegen als erlaubt. Russland bestreitet dies und sagt, die Marschflugkörper hätten eine Reichweite von maximal 480 Kilometern.

Nach Angaben von Schoigu will Russland zudem seine Militärsatelliten im Weltall aufrüsten. „Die Erfahrung in Syrien zeigt, dass für einen effizienten Einsatz von Präzisionswaffen detaillierte Karten notwendig sind.“ Solche Daten könnten nur mit modernen Satelliten gewonnen werden, die die Erdoberfläche überwachen. Es gehe dabei etwa um Kameras mit höherer Auflösung.

GEFECHE IN AFGHANISTAN

41 Sicherheitskräfte getötet

Kabul. Bei Gefechten in Nordafghanistan sind mindestens 41 Sicherheitskräfte getötet worden. Radikalisirte Taliban verübten einen Angriff auf drei Kontrollposten am Rande von Kundus in der Nacht zu Dienstag, wie der Provinzrat Safiullah Amiri sagte. Es seien mindestens 27 Soldaten und drei Polizisten getötet sowie mehr als zehn Menschen verletzt worden. In der benachbarten Provinz Baghlan sind mindestens elf Polizisten ums Leben gekommen. Mindestens drei weitere Polizisten seien verwundet worden, als Taliban-Kämpfer im Gebiet Baghlan-e Markasi einen Kontrollposten angriffen, sagte der Chef des Provinzrates, Mohammed Safdar Mohseni. Die Taliban hätten nach der Stürmung des Postens die gesamte Ausstattung mitgenommen, sagte Mohseni. **DPA**

TRUMPS AMTSEINFÜHRUNG

Staatsanwaltschaft prüft Spenden

Washington. Die Staatsanwaltschaft in New York hat die Herausgabe von Dokumenten gefordert, die über Spenden für die Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump Aufschluss geben sollen. Das für Veranstaltungen rund um die Amtseinführung zuständige Komitee soll umfassende Informationen zu Spendern, Lieferanten, Auftragnehmern und Bankkonten offenlegen, wie mehrere US-Medien unter Berufung auf eine Kopie der Anordnung berichteten. Demnach soll auch geprüft werden, ob es Zuwendungen aus dem Ausland gab. Laut Bundesgesetz dürfen in den USA nur Staatsbürger an politische Komitees spenden. **DPA**

VENEZUELA

EU verspricht humanitäre Hilfe

Brüssel. Die EU-Kommission hat angekündigt, Venezuela fünf Millionen Euro für humanitäre Hilfe im Land zur Verfügung zu stellen. Das Geld solle unter anderem der Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischer Hilfe dienen, sagte der zuständige EU-Kommissar Christos Stylianides. 2018 habe die EU insgesamt 34 Millionen Euro für Venezuela zur Verfügung gestellt. Zudem plane die EU-Kommission, in Caracas ein Büro für humanitäre Hilfe zu eröffnen. Derweil kritisierte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die EU für ihre Unterstützung des selbst ernannten Interimspräsidenten Juan Guaidó. **DPA**

Umstrittene Grenzwerte

Debatte in Brüssel über Stickoxid-Belastung und Fahrverbote

VON DETLEF DREWES

Brüssel. EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hat die Wut vieler Diesel-Fahrer und Fahrverbots-Gegner auf sich gezogen. Mitten im heftigen deutschen Streit um die wissenschaftliche Haltbarkeit der gegenwärtigen Grenzwerte sprach der Malteser keineswegs von einer eventuellen Lockerung der Auflagen, sondern von einer Verschärfung. Statt wie bisher 40 Mikrogramm Stickoxid pro Kubikmeter Atemluft könnte es schon bald eine neue Höchstgrenze von 20 Mikrogramm geben. Dabei hat die Bundesregierung die Kommission gerade erst um die Erlaubnis gebeten, geringfügige Überschreitungen bis zu 50 Mikrogramm zu erlauben.

„Wenn wir auf 20 Mikrogramm runtergehen, müssen wir die Innenstädte und alle U-Bahnen dichtmachen“, erklärte der inzwischen ebenso bekannte wie umstrittene Pneumologe Dieter Köhler am Dienstag bei einer Anhörung im EU-Parlament zum Thema. Er ist der Initiator jenes Aufrufes von mehr als 100 deutschen Lungenärzten, die die wissenschaftliche Haltbarkeit der heutigen Vorgaben für die Städte anzweifeln. „Wenn bei einem Kindergeburtstag zehn Kerzen auf einem Kuchen brennen, haben wir eine Innenraum-Belastung von 1000 Mikrogramm und niemand fällt tot um“, so Köhler.

Dass die Pläne Vellas Wirklichkeit werden, ist unwahrscheinlich: Die Amtszeit des Sozialdemokraten läuft in wenigen Monaten aus. Im Europaparlament sowie im Ministerrat der Mitgliedstaaten fände er wohl ohnehin keine Mehrheit. Dort stehen die Zeichen auf Lockerung und Überprüfung der bisherigen Gesetzgebung. Mitte März wird das Ergebnis einer Studie erwartet, die der Umweltausschuss der EU-Volksvertretung in Auftrag gegeben hatte. Sie soll anhand von jeweils zehn Messstellen in fünf ausgewählten Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, herausfinden, ob die Fil-

ter überall korrekt aufgestellt wurden. Norbert Lins (CDU), EU-Parlamentarier und Mitglied des Ausschusses, ist sich schon jetzt sicher, dass die Bundesrepublik die Messstellen „falsch“ installiert hat – nämlich zu nahe an den Straßen und mitten auf Kreuzungen. Sinn der Erfassung von Feinstaub und Stickoxiden sei es aber, „die Dauerbelastung für Menschen in einem ganzen Leben zu erfassen und nicht die punktuelle Belastung, die zum Beispiel beim Überqueren einer Straße“ entstehe.

Peter Liese, Mediziner, EU-Abgeordneter und gesundheitspolitischer Sprecher der Christdemokraten, wies am Dienstag darauf hin, dass „die Belastungen seit 1990 drastisch zurückgegangen“ seien. Spürbares Indiz: Trotz hoher Sonneneinstrahlung im intensiven Sommer 2018 habe es keinen einzigen Ozon-Alarm gegeben. Liese: „Behauptungen, dass Hunderttausende Menschen sterben, falls der geltende Wert geringfügig, zum Beispiel bis zu 50 Mikrogramm, überschritten wird, sind aus medizinischer Sicht nicht nachvollziehbar.“ Die Kommission hatte ihre Gesetzgebung in der Vergangenheit stets mit der hohen Zahl von Menschen begründet, die durch Feinstaub und Stickoxiden sterben.

Tatsächlich erscheint vielen in Brüssel die Heftigkeit der deutschen Reaktionen unverständlich. Selbst ehrgeizige Klimaschutz-Nachbarn haben zwar Diesel-Fahrzeuge aus den Innenstädten verbannt – aber eben nur die alten Dreckschleudern der Euro-2- oder Euro-3-Klassen, nicht aber der Euro-4-Kategorie, wie dies in Stuttgart seit Anfang 2019 der Fall ist. Unterstützung für die Position dürfte es eventuell mit einer neuen Kommission geben. Manfred Weber (CSU), Spitzenkandidat der Christdemokraten für die Europawahl und somit der potenzielle nächste Chef der wichtigsten EU-Behörde, hat bereits angekündigt, die Grenzwerte-Diskussion der Gemeinschaft im Falle seiner Wahl wieder neu zu beginnen.

Historische Messe

Papst spricht Christen auf der Arabischen Halbinsel Mut zu

VON ANNETTE REUTHER

Abu Dhabi. Papst Franziskus hat bei einer historischen Messe in den Vereinigten Arabischen Emiraten den Christen der Region Mut zugesprochen. „Für euch ist es gewiss nicht einfach, weit weg von zu Hause zu leben und vielleicht über das Fehlen der Zuneigung eurer Liebsten hinaus die Ungewissheit der Zukunft zu verspüren. Aber der Herr ist treu und lässt die Seinen nicht im Stich“, sagte Franziskus am Dienstag in seiner Predigt im Said-Sports-City-Stadion von Abu Dhabi. Zusammen mit mehr als 130 000 Gläubigen aus der ganzen Region feierte Papst Franziskus einen Gottesdienst.

Nach Angaben der lokalen Kirche verfolgten mehr als 180 000 Menschen in dem Stadion und darum die Feier. Nach Angaben der Veranstalter kamen Katholiken rund 100 verschiedener Nationalitäten und auch etwa 4000 Muslime in das Sportstadion, wo erst am vergangenen Freitag das Finale der Fußball-Asienmeisterschaft stattgefunden hatte. Noch nie zuvor war ein Katholiken-Oberhaupt



Papst Franziskus bei der Ankunft im Stadion von Abu Dhabi. FOTO: GENTILE/REUTERS

auf der Arabischen Halbinsel zu Besuch. Rund 80 Prozent der Menschen in den Emiraten sind Migranten, die zum Arbeiten in das islamische Land gekommen sind. Laut Vatikan leben mehr als 900 000 Katholiken in dem östlichen Staat, rund zehn Prozent der Bevölkerung. Viele davon kommen aus den Philippinen oder Indien.

Die Menschen jubelten dem Pontifex zu, als er mit dem Papamobil durch die Menge fuhr. Bei der Fahrt rannte ein Mädchen auf den Papst zu. Als Sicherheitsleute es aufhalten wollten, stoppte Franziskus das Fahrzeug und wandte sich dem Kind zu. Die Messe gilt als die größte christliche, die jemals auf der Arabischen Halbinsel zelebriert wurde, wo der Islam in allen Ländern Staatsreligion ist.

Anders als in Nachbarländern wie Saudi-Arabien können Christen in den Emiraten ihren Glauben frei ausüben, dürfen in der Regel aber keine Gottesdienste außerhalb ihrer Kirchen abhalten. In seiner Predigt erinnerte der Papst auch daran, den Prüfungen des Lebens zu begegnen und einfach zu leben. Jesus habe nichts Prächtiges erbaut und er habe nicht verlangt, große Werke zu errichten, sagte Franziskus. „Es ist die Heiligkeit des alltäglichen Lebens, die keiner Wunder und außerordentlicher Zeichen bedarf.“

Missbrauch von Nonnen eingeräumt

Papst Franziskus hat sexuellen Missbrauch von Nonnen in der katholischen Kirche eingeräumt. „Es stimmt, es ist ein Problem“, sagte er auf dem Rückflug von Abu Dhabi nach Rom. „Ich weiß, dass Priester und auch Bischöfe das getan haben. Und ich glaube, es wird immer noch getan“, sagte er auf eine Frage, was der Vatikan gegen den sexuellen Missbrauch von Ordensschwestern tun wolle. Es betreffe einige Kulturen oder religiöse Gemeinschaften mehr als andere. „Es ist keine Sache, die alle machen.“ Der Vatikan arbeite seit Langem an dem Problem. **DPA**